

Mein Standpunkt

von Hanspeter Weibel



Der starke Franken

■ **DIE STÄRKE** des Frankens ist eine Folge der Schwäche von Dollar und Euro. Drei massgebende Entscheide in der Vergangenheit haben dazu geführt:

- **Aufhebung des Trennbanksystems** in den USA 1999 durch Bill Clinton: Die vormals per Gesetz getrennten Aktivitäten von Investment- und Vermögensverwaltungsbanken, ursprünglich als Folge einer Krise gesetzlich verordnet (Glass-Steagall Act von 1933), wurde aufgehoben. Dieser Entscheid sowie der gezielten Förderung von Hauseigentum für untere Einkommensschichten führte zur ersten Finanzkrise 2007.

- **Barack Obama** setzte dann mit der Neugestaltung des Gesundheitswesens noch einen drauf. Heute sind 58 Prozent der Ausgaben des amerikanischen Haushaltes für Sozialprogramme, auf die Rechtsansprüche bestehen, vorgesehen. Das Defizit der Obama-Regierung ist zehn Mal grösser als dasjenige der Bush-Regierung.

- **Nichteinhalten der Maastricht-Kriterien:** Die Konstrukteure des Euros waren sich der Problematik einer Einheitswährung in unterschiedlichen Wirtschaftsräumen sehr wohl bewusst. Deshalb wurden die Maastricht-Kriterien geschaffen. Länder, welche den Euro einführen, hätten sie erfüllen müssen. Heute erfüllt nur noch die Schweiz diese Kriterien. Die Politiker Europas, allen voran die deutschen und französischen, wollten den Euro um jeden Preis. Allerdings wussten sie offenbar damals noch nicht, wie hoch dieser Preis ausfallen würde. Selbstverständlich kommen weitere, kumulierende Entscheide hinzu, welche insgesamt eine Verstärkung dieser Effekte zur Folge hatten. Was heisst dies für die Schweiz?

ES MACHT SINN – und wurde kürzlich auch von Peter Kurer gefordert – eine Auftrennung der Banken in Investment- und Vermögensverwaltungsbanken durchzusetzen. Damit können wir die Risikostrukturen dieser beiden Geschäfte klar voneinander trennen und eine in-

transparente Mischrechnung vermeiden. Jeder Geschäftsteil muss dann für sich selbst profitabel sein. Und die «Too big to fail»-Problematik ist gelöst. Von der UBS hätte ich gerne gewusst, wie die im Vergütungsbericht ausgewiesenen Boni nach Ländern verteilt zugewiesen werden. Keine grosse Überraschung, dass ich darauf eine abschlägige Antwort erhielt. Ich gehe vermutlich nicht fehl in der Annahme, dass der grösste Teil in den USA im Investmentbanking anfällt; dort werden ja auch die Verluste erzeugt.

WIR MÜSSEN zur Kenntnis nehmen, dass im freien Markt immer noch der Konsument entscheiden kann und wird, welche Produkte zu welchen Preisen er kauft. Es gibt aber Bereiche, in welchen Monopole oder monopolartige Strukturen bestehen. Insbesondere Gebühren bei Kanton, Gemeinden und Bund, aber auch Tarife für Wasser, Strom, Energie, Telefon, Post, Transport (SBB, LSVA) usw. sind nicht diesem Markt ausgesetzt und im Vergleich mit den Kosten in Europa deutlich zu hoch. Hier könnte der Bundesrat eingreifen. Zudem müsste ein Bürokratieabbau stattfinden, da es sich hier um weitgehend wertschöpfungs-freie Akte handelt.

WIR MÜSSEN die Nationalbank ermuntern, im Rahmen ihrer Unabhängigkeit und ihres Handlungsspielraums, das Kursverhältnis zu Euro und Dollar in eine für die Wirtschaft tragfähige Relation zu bringen. Von Forderungen, dieses Wechselkursniveau bekannt zu geben, ist abzusehen, gäbe dies jedem Spekulanten eine Richtschnur zur Hand.

DIE UNTERNEHMEN sind aufzufordern, ihre Verbindlichkeiten in Euro und Dollar abzusichern.

DIE 2-MILLIARDEN-WAHLPLATTFORM der beiden Bundesräte Schneider-Ammann und Widmer-Schlumpf können wir uns sparen.

Hanspeter Weibel,
Landrat SVP, Nationalratskandidat